



Umsetzung Bildungsgesetz

Handreichung zu Disziplin und Disziplinar- **massnahmen**

01. Mai 2007



Kanton
Obwalden

Departementssekretariat
Bildungs- und Kulturdepartement

Rechtsgrundlagen Disziplin und Disziplinarmaßnahmen	4
Bildungsgesetz vom 16. März 2006	4
Bildungsverordnung vom 16. März 2006	5
Hinweis zur Berufsbildung	6
Kommentare zum BiG	7
Rechtliche Interpretationen	9

Rechtsgrundlagen Disziplin und Disziplinarmaßnahmen

Bildungsgesetz vom 16. März 2006

Art. 20 Disziplinarische Massnahmen

¹ Die Lehrpersonen sorgen für einen geordneten Betrieb in Unterricht und Schule. Verstösse ahnden sie selbstständig durch die Anordnung pädagogisch sinnvoller Massnahmen.

² Für die Beratung und Unterstützung bei disziplinarischen Schwierigkeiten können die entsprechenden Schuldienste beigezogen werden.

³ Können disziplinarische Schwierigkeiten nicht in der Klasse gelöst werden, so können weitergehende Massnahmen ergriffen werden. Während der Schulpflicht gemäss Art. 56 dieses Gesetzes ist in der Regel lediglich ein befristeter Ausschluss von der Schule zulässig.

⁴ In Ausnahmefällen, insbesondere bei Gewalttätigkeit, Drohung, Erpressung, Mobbing, Verstössen gegen das Betäubungsmittelgesetz oder Alkoholmissbrauch, können Schülerinnen und Schüler sowie Studierende ganz von der Schule ausgeschlossen werden.

⁵ Der Kantonsrat regelt die einzelnen Disziplinarmaßnahmen und die Zuständigkeiten durch Verordnung. Er kann den Weiterzug von Disziplinarmaßnahmen beschränken. Der Regierungsrat kann in den Ausführungsbestimmungen zur Berufsbildung abweichende Vorschriften erlassen.

Art. 128 Rechtsmittel

¹ Beschwerden gegen Verfügungen sind zu richten:

- a. an die Schulleitung bzw. das Rektorat, falls sich die Beschwerde gegen eine Lehrperson richtet;
- b. an den Schulrat bzw. an das zuständige Departement, falls sich die Beschwerde gegen die Schulleitung auf Volksschulstufe bzw. das Rektorat einer kantonalen Schule richtet;
- c. an das zuständige Departement, falls sich die Beschwerde gegen den Schulrat bzw. das zuständige Amt richtet;
- d. an den Regierungsrat, falls sich die Beschwerde gegen den Einwohnergemeinderat bzw. das zuständige Departement richtet.

² Beschwerden gegen Verfügungen in Disziplinarfällen und betreffend die Zuteilung der Schülerinnen und Schüler sowie Studierenden in die Klassen werden vom zuständigen Departement endgültig entschieden.

³ Die von einer Verfügung betroffenen Studierenden haben neben den Erziehungsberechtigten, ungeachtet ihrer Handlungsfähigkeit, ein selbstständiges Beschwerderecht.

⁴ Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Staatsverwaltungsgesetzes¹ und der Verwaltungsverfahrensverordnung².

¹ GDB 130.1

² GDB 133.21

Bildungsverordnung vom 16. März 2006

Art. 20 Disziplin a. Grundsatz

Gegen Schülerinnen und Schüler sowie Studierende werden Disziplinarmaßnahmen verfügt, wenn sie den Schulbetrieb stören, mutwillig Sacheigentum zerstören oder beschädigen, Mobbing betreiben, gegen das Organisationsstatut oder Anordnungen der Lehrpersonen und weiterer zuständiger Organe verstossen.

Art. 21 Disziplin b. Massnahmen

¹ Die Lehrpersonen können folgende Massnahmen ergreifen:

- a. mündlicher Verweis,
- b. kurzzeitiges Wegweisen vom Unterricht innerhalb des Schulhauses,
- c. Erteilen zusätzlicher Hausaufgaben,
- d. Verfügen von Arbeiten in der schulfreien Zeit.

² Die Schulleitung bzw. das Rektorat kann nach Anhörung der Betroffenen und deren Erziehungsberechtigten folgende weitergehende Massnahmen ergreifen:

- a. schriftlicher Verweis,
- b. Versetzen in eine andere Klasse,
- c. Ausschluss vom Unterricht für längstens vier Wochen,
- d. Ausschluss aus der Schule für Schülerinnen und Schüler sowie Studierende, welche eine berufliche Grundbildung oder das Gymnasium besuchen.

³ Der Schulrat bzw. das zuständige Amt kann nach Anhörung der Betroffenen und deren Erziehungsberechtigten auf Antrag der Schulleitung bzw. des Rektorats Schülerinnen und Schüler sowie Studierende in eine andere Schule versetzen. Er kann die teilweise oder vollumfängliche Entlassung aus der Schulpflicht anordnen, wenn alle der folgenden Bedingungen erfüllt sind:

- a. die Schülerin oder der Schüler hat die zweite Klasse der Orientierungsschule oder das 15. Altersjahr beendet;
- b. der ordentliche Schulbetrieb kann auf andere Weise nicht gewährleistet werden;
- c. die Massnahme wurde unter Einräumung einer angemessenen Frist angedroht.

⁴ Der Schulrat bzw. das zuständige Amt kann nach Anhörung der Betroffenen und deren Erziehungsberechtigten auf Antrag der Schulleitung bzw. des Rektorats, gestützt auf Art. 20 Abs. 3 des Bildungsgesetzes und unter Beachtung von Absatz 6, Schülerinnen und Schüler sowie Studierende ganz aus der Schule ausschliessen.

⁵ Untersagt sind:

- a. Kollektivstrafen bei Vergehen Einzelner,
- b. Geldstrafen,
- c. schlechte Leistungsnoten als Disziplinarmaßnahme,
- d. Körperstrafen.

⁶ Verhalten sich Schülerinnen und Schüler sowie Studierende in einer Weise, dass das eigene Wohl oder dasjenige von anderen Personen gefährdet oder der Schulbetrieb schwerwiegend beeinträchtigt wird, so beantragt der Schulrat bzw. das zuständige Amt bei der Vormundschaftsbehörde die Anordnung von Kindes- oder Jugendschutzmassnahmen.

⁷ Disziplinar massnahmen gemäss Absatz 2, 3 und 4 können beim zuständigen Departement angefochten werden. Dieses entscheidet abschliessend.

Hinweis zur Berufsbildung

Die disziplinarischen Massnahmen nach Art. 20 BiG und nach Art. 20/ 21 BiVO sind nur teilweise auf die Berufsbildung anwendbar. Abweichende Bestimmungen werden durch die Ausführungsbestimmungen über die Berufsbildung und die Weiterbildung vom 27. März 2007 geregelt (Art. 20 Abs. 4).

Kommentare zum BiG

Aus der Botschaft des Regierungsrates vom 20. September 2005:

Allgemeiner Kommentar:

Kein allgemeiner Kommentar.

Zu Art. 20 *Disziplinarische Massnahmen*

Die disziplinarischen Bestimmungen bekommen im neuen Bildungsgesetz und in der dazugehörigen Bildungsverordnung mehr Gewicht. Im Gesetz werden die Grundsätze definiert, in der Verordnung die einzelnen Massnahmen. Die Lehrpersonen sind in erster Linie für die Schaffung eines lernförderlichen Umfeldes zuständig (Abs. 1). Sie haben gemäss Abs. 2 Unterstützung und die Möglichkeit zur Beratung bei den Schulischen Diensten. Die Schulleitung bzw. das Rektorat der Kantonsschule oder des Berufs- und Weiterbildungszentrums kann, wenn nötig, weitergehende Massnahmen ergreifen, die in der Bildungsverordnung festgelegt werden. Der unbefristete Ausschluss aus der Schule ist während der Dauer der Schulpflicht nur in Ausnahmefällen (z.B. bei Verstössen gegen das Betäubungsmittelgesetz, Mobbing, Gewalttätigkeit) möglich (Abs. 4). Abs. 5 hält fest, dass der Kantonsrat die einzelnen Disziplinar massnahmen und die Zuständigkeiten durch Verordnung regelt. Auf Grund der Tatsache, dass nicht alle Bestimmungen von Art. 20 BiG für die Berufsbildung greifen können, kann der Regierungsrat in den Ausführungsbestimmungen zur Berufsbildung abweichende Bestimmungen erlassen.

Art. 128, 129 *Rechtsmittel, Strafbestimmungen (im Bezug auf Art. 20 und 21 BiG)*

Im Bereich der Rechtsmittel zu den Disziplinarischen Massnahmen soll ein Beschwerdeweg verankert werden, der den neuen Gegebenheiten Rechnung trägt. So wird neu die Schulleitung bzw. das Rektorat als Beschwerdeinstanz eingerichtet; sie hat beschwerdefähige Entscheide zu fällen. Disziplinar massnahmen gemäss Art. 21 Abs. 2, 3, und 4 können beim zuständigen Departement angefochten werden, dieses entscheidet abschliessend.

Aus der Vorberatenden kantonsrätlichen Kommission:

Aus dem Protokoll der 2. Sitzung vom 25. November 2005 (S. 6)

Themen:

- Konkretisierung „Schwere Gewalt“

In der Detailberatung werden zu den Begrifflichkeiten, insbesondere „Schwere Gewalt“ in Art. 20 BiG Bedenken geäussert. Die Diskussion eruiert die mögliche Auslegung des Begriffs „Schwere Gewalt“. Es besteht weitgehend Einigkeit, dass das Gesetz auch einen präventiven Charakter zu erfüllen habe.

Aus dem Protokoll der 3. Sitzung vom 12. Dezember 2005 (S. 4 und 5)

Themen:

- Konkretisierung „Schwere Gewalttätigkeit“ Art. 20 BiG

Inhalt der Diskussion war insbesondere die Frage, unter welchen Umständen ein Ausschluss aus der Schule verfügt werden könne. Klar zum Ausdruck gebracht wurde, dass unter Gewalttätigkeit nebst physische Gewalteinwirkung genauso die psychische Gewalt verstanden werden müsse, so zum Beispiel Drohung, Erpressung, Mobbing. Ebenso wurde angebracht, dass grundsätzlich eine gewaltfreie Schule angestrebt werden solle und der Ausschluss nur als letzte Konsequenz nach erfolglosen anderen Massnahmen erfolgen dürfe.

Aus dem Kantonsrat:

Keine inhaltlichen Ergänzungen zum Thema Disziplin und Disziplinarische Massnahmen.

Rechtliche Interpretationen

1. Fragestellung: Räumlich und zeitliche Grenzen der Disziplinargewalt

Zwei Schüler entwendeten vor dem Haus eines Lehrers dessen Velo, zersägten es in zwölf Stücke, verpackten es und brachten den Sack wieder vor das Haus des Lehrers. Die Sache fand eine strafrechtliche Fortsetzung. Die Schule schritt sodann zu disziplinarischen Massnahmen. Inwieweit (räumlich und zeitlich) ist die Schule zur Disziplinierung der Schüler berechtigt?

Bemerkungen

Disziplinarische Massnahmen sind Sanktionen gegenüber Personen, die in einem Sonderstatusverhältnis stehen, wie dies bei Schülern der Fall ist (aber auch bei Staatsangestellten). Sie sind grundsätzlich keine Strafen im Rechtssinne. Sie dienen der Aufrechterhaltung der Ordnung sowie der Wahrung des Ansehens und der Vertrauenswürdigkeit der Verwaltungsbehörden. Je nach Schwere der Massnahme sind jedoch die Verfahrensgarantien der Strafrechtspflege zu gewährleisten. Eine disziplinarische Massnahme kann neben einer Strafe ausgefällt werden.

Grundsätzlich beziehen sich Disziplinarmaßnahmen auf ein Fehlverhalten unmittelbar vor, während oder nach dem Unterricht. Das Verhalten ausserhalb der Schule und losgelöst von ihr können sie nur erfassen, soweit der Erziehungsauftrag oder der Betrieb der Schule dies erfordert. Andernfalls würde in den Aufgabenbereich der Eltern eingegriffen (Herbert Plotke, Schweizerisches Schulrecht, 2. Auflage, Bern 2003, S. 408 f.). Die Rechtsprechung im Bereich des Schuldisziplinarrechts setzt sich primär mit der Zulässigkeit von Sanktionen auseinander. In Bezug auf die Frage wie weit die Disziplinargewalt reicht, besteht – soweit ersichtlich – keine publizierte Rechtsprechung. Es ist daher auf die Rechtsprechung in anderen Bereichen zurückzugreifen. Im Bereich des Bundespersonalrechts geht die Praxis davon aus, dass öffentlich-rechtlich Angestellte (Beamte) dafür zu sorgen haben, dass sie über ihre eigentliche Arbeitsleistung hinaus die Interessen des Gemeinwesens wahren und fördern sowie Schaden von ihm abwenden. Bei privatem Fehlverhalten ist insbesondere zu prüfen, ob es sich negativ auf die Glaubwürdigkeit der Verwaltung auswirkt. In jedem Fall haben sich Beamte inner- und ausserdienstlich so zu verhalten, dass sie ihre dienstlichen Aufgaben gehörig erfüllen können (VPB 64.37 Erw. 2b mit Hinweisen).

Zu klären ist die Frage, ob durch das Verhalten der Schüler der ordentliche Gang der Schule gestört wurde und ob der Gang mit einer geeigneten Disziplinarmaßnahme wiederhergestellt werden kann. Wird die Schulordnung durch die Aktion der Schüler nicht beeinträchtigt, drängt sich auch keine Disziplinarmaßnahme auf.

Probleme im konkreten Fall dürften wohl nur zwischen der Lehrperson und den verantwortlichen Schülern bestehen. Die Disziplinarmaßnahme darf nicht zur persönlichen Genugtuung der Lehrperson ausgesprochen werden. Es stellt sich die Frage, ob – objektiv – die Schul- oder Klassenordnung durch den Vorfall gestört wurde bzw. immer noch gestört wird. Soweit dies nicht der Fall ist, fallen Disziplinarmaßnahmen ausser Betracht. Selbst wenn eine Störung der Schulordnung zu bejahen ist, darf gemäss dem Verhältnismässigkeitsprinzip nur eine Disziplinarmaßnahme gewählt werden, die geeignet ist die entsprechende Störung zu beheben.

Antwort Rechtsdienst Obwalden, Juli 2006

2. Fragestellung: Aufsichtspflicht und Haftungsfragen in der Schule

Sobald die Schülerinnen und Schüler das Schulareal betreten, übernimmt grundsätzlich die Schule bzw. die Lehrperson Verantwortung und haftet wenn etwas vorfällt. Die Bildungsverordnung sieht in Art. 21 Abs. 1 Bst. b. nun als mögliche Disziplinarische Massnahme das kurzzeitige Wegweisen vom Unterricht innerhalb des Schulhauses vor. Es stellt sich nun die Frage, was die Schule, respektive die Lehrperson beachten muss in einem solchen Fall, damit sie nicht belangt werden kann, falls etwas passiert. Mit den künftigen Blockzeiten wird dies allenfalls noch etwas spezieller, da ja die Schule kurzfristigen Schulausfällen und ordentlichen unterrichtsfreien Zeiten innerhalb der Blockzeiten die Betreuung der SchülerInnen sicherzustellen hat. Wie sieht es nun z.B. aus, wenn eine Lehrperson die Aufsicht über eine andere Klasse übernimmt, weil dort die LP wegen Krankheit ausfällt. In diesem Fall ist es der einspringende Lehrperson kaum möglich beide Klassen gleichzeitig zu beaufsichtigen.

Bemerkungen

Leider gibt es keine Patentrezepte. Anhand der Praxis (Gerichtsurteile usw.) ist es jedoch möglich ein paar richtungsweisende Grundsätze zu formulieren. Nach Art. 6 Abs. 1 des Haftungsgesetzes (GDB 130.3) haftet das Gemeinwesen für den Schaden, den seine Organe in Ausübung hoheitlicher Tätigkeit widerrechtlich zufügen. Wenn in einer Schule nun ein Unfall oder dgl. passiert, stellen sich sofort Haftungsfragen.

Im Idealfall wird der Schaden der Haftpflichtversicherung gemeldet und von ihr übernommen. Im Prinzip sind die Versicherungen für diese Fragen – auf Grund ihrer grossen Erfahrung auf diesem Gebiet – die ersten Ansprechpartner. Vereinzelt gibt es auch Haftungsprozesse und sogar strafrechtliche Verfahren, woraus sich eine gewisse Praxis ableiten lässt.

Was sich ganz allgemein sagen lässt, ist, dass die Lehrpersonen sich um die Kinder während der ganzen Schulzeit und auch in der unterrichtsfreien Zeit (Zwischenstunden, Pausen) kümmern müssen. Die Lehrer und Lehrerinnen haben die Obhut über die Kinder, sie müssen sie vor Gefahren bewahren (Plotke, Schweizerisches Schulrecht, 2. Auflage, S. 37 und 632). Im Prinzip müssen die Lehrpersonen so für die Kinder sorgen, wie dies sonst die Eltern täten. Es kann nun nicht in allgemeiner Weise gesagt werden, wie die Aufsicht während ausgefallener Stunden organisiert werden muss oder wie es sich bei Kindern verhält, die aus dem Unterricht weggewiesen werden. Bei Kindergartenkindern ist mehr Aufsicht nötig als bei Absolventen der dritten Sekundarschule. Ist das ganze Schulareal auf Grund von Hochwasserschäden eine Baustelle, müssen die Lehrer wahrscheinlich zusätzliche Sicherheitsmassnahmen treffen (Schranken aufstellen, Aufsichtsperson, Betretverbote usw). Ein normal veranlagtes Kind wird man wahrscheinlich kurzfristig "vor die Türe stellen" können mit dem Auftrag, dort zu bleiben und zu warten. Bei einem verhaltensauffälligen Kind, das schon Suizidgedanken äusserte, wäre dies sicher eine falsche Massnahme. Dies sind Extrembeispiele zur Illustration, dass die richtige Gestaltung der Obhut durch die Lehrer schwierig zu umschreiben ist.

Aus diesem Grund wohl findet man im Werk von Plotke keine genaueren Hinweise. Bezüglich dem Wegweisen in Art. 21 Bildungsverordnung würde ich diese Bestimmung so lassen, weil sie der Lehrperson nur eine Möglichkeit gibt, aber nicht vorschreibt. Je nach Situation ist es durchaus zulässig, einen Schüler kurzfristig wegzuweisen. Die Aufsichtspflicht bedeutet nicht, dass der Lehrer jederzeit alle Schüler im Blickfeld haben muss. Dies machen die Eltern ja auch nicht.

Antwort Rechtsdienst Obwalden, November 2005